

Russland schränkt seine Gaslieferungen noch weiter ein

Innerhalb weniger Tage hat der russische Energiekonzern Gazprom gleich zweimal den Durchfluss durch Nord Stream gedrosselt. Jetzt wächst die Sorge, dass Kremlchef Putin den Gashahn ganz zudreht.

MOSKAU/BERLIN. Der russische Energiekonzern Gazprom hat wie angekündigt in der Nacht zum Donnerstag seine Gaslieferungen nach Deutschland durch die Ostseepipeline Nord Stream weiter reduziert. Die Gasmenge sank von Mittwochabend an, geht aus Transportdaten des Pipelinebetreibers Nord Stream hervor, die im Internet veröffentlicht sind. Am Morgen erreichte die Liefermenge – hochgerechnet auf 24 Stunden – in etwa die von Gazprom angekündigten 40 Prozent der technischen Kapazität.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nannte die Situation ernst. Seinem Ministerium zufolge ist die sichere Versorgung mit Gas aber weiter gewährleistet. „Aktuell können die Mengen am Markt beschafft werden, wenn auch zu hohen Preisen. Es wird aktuell noch eingespeichert“, teilte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums auf Anfrage mit. Das Ministerium beobachtet die Dinge aber sehr genau.

Seit Mittwochabend fließt weniger Gas

Seit 23 Uhr am Mittwochabend ist in den Daten von Nord Stream ein Rückgang der Gas-Liefermenge durch die Ostseepipeline zu verzeichnen. Gazprom hatte am Mittwoch angekündigt, die Gasliefermengen durch Nord Stream 1 nach Deutschland erneut zu reduzieren. Es sollten täglich nur maximal 67 Millionen Kubikmeter durch die Leitung gepumpt werden. Erneut begründete der Staatskonzern den Schritt mit Verzögerungen bei Reparaturarbeiten.

Bereits am Dienstag hatte Gazprom die Reduktion des bisher geplanten Tagesvolumens von 167 Millionen um rund 40 Prozent auf 100 Millionen Kubikmeter Gas pro Tag verkündet und auf Verzögerungen bei der Reparatur von Gasverdichtern verwiesen. Der Technologiekonzern Siemens Energy hatte daraufhin mitgeteilt, dass eine in Ka-



Jede gesparte Kilowattstunde hilft, sagt Minister Habeck.

Foto: dpa/Bernd von Jutrczenka

nada überholte Gasturbine aufgrund der Russland-Sanktionen derzeit nicht aus Montréal zurückgeliefert werden könne. Die neuerliche Reduktion auf 67 Millionen Kubikmeter bedeutet eine Drosselung um rund 60 Prozent innerhalb von zwei Tagen.

Auch eine komplette Stilllegung der wichtigen Versorgungsleitung für Deutschland sei nicht ausgeschlossen, sagt der russische EU-Botschafter beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg. „Ich denke, das wäre eine Katastrophe für Deutschland“, sagte er nach Angaben der russischen Zeitung „Kommersant“.

Deutschland solle darüber nachdenken, die Turbinen lieber auf eigenem Gebiet zu reparieren, damit sie nicht nach Kanada gebracht werden müssten, meinte der Diplomat.

Politische Entscheidung vermutet

Angesichts dieses Rückgangs rief Wirtschaftsminister Habeck erneut zum Energiesparen auf. In einem über Twitter verbreiteten Video dankte der Grünen-Politiker der Bevölkerung und den Unternehmen für ihre bisherigen Bemühungen. Habeck appellierte mit Blick auf das Energiesparen zugleich: „Jede Kilowattstunde hilft in dieser Situation.“ Er mahnte: „Vor allem dürfen wir uns nicht spalten lassen. Denn das ist das, was Putin vorhat.“ Entgegen der Darstellung Gazproms vermutet Habeck hinter der Drosselung eine politische Entscheidung. Die Bundesnetzagentur nannte das Vorgehen Moskaus „technisch nicht zu begründen“. Für ihren Präsidenten Klaus Müller ist es ein Warnsignal. „Russland schürt damit leider Verunsicherung und treibt die Gaspreise hoch“, sagt er der „Rheinischen Post“.

Wenn Gazprom über Wochen nur 40 Prozent durch Nord Stream 1 liefern, bekomme Deutschland ein Problem, sagt Müller: „Über den Sommer könnten wir das vielleicht aushalten. Allerdings müssen wir jetzt zwingend die Speicher füllen, um den Winter zu überstehen – auch mit russischem Gas.“

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine am 24. Februar gilt die Versorgung Europas mit Gas aus Russland als gefährdet. Deutschland und andere europäische Staaten versuchen seitdem, mehr Gas aus anderen Staaten beziehen. Polen, Bulgarien, Finnland, die Niederlande und Dänemark erhalten bereits kein Gas mehr aus Russland – was auch mit dem Zahlungssystem zu tun hat, das Kremlchef Putin Ende März angeordnet hat.

dpa